

Aufruf des Willy-Brandt-Kreises zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Inneren und nach außen!“

Wir rufen dazu auf, bei der anstehenden Bundestagswahl dem grassierenden Populismus und dem Rechtsextremismus ein klares Haltssignal entgegenzusetzen. Niemals dürfen demokratische Parteien gemeinsame Sache mit Rechtsextremen machen! Dies ist umso wichtiger, als weltweit die Demokratie durch offenen und schleichenden Nationalismus, manipulierende Kampagnen und völkische Stimmungen bedroht ist.

Wir werben im Sinne Willy Brandts: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein. Im Inneren und nach außen“. Das heißt, es geht um den Respekt gegenüber allen Menschen, gleich welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Geschlechts, es geht um Mitmenschlichkeit. Es gilt, unser neues Staatsbürgerrecht zu sichern, das aus Mitmenschen in unserem Land Mitbürger und Mitbürgerinnen mit allen Rechten gemacht hat.

Wir wollen, dass das in unserem Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl nicht weiter angetastet wird. Deutschland soll seine in den letzten Jahrzehnten erarbeitete europäische und internationale Verantwortung weiter erfolgreich wahrnehmen. Dies bedeutet eine Absage an alle Parteien, die nationalistische, antieuropäische Positionen predigen. Ein gemeinsames Europa ist die Lehre aus den Katastrophen zweier Weltkriege und des Holocaust. Wir stehen zu unserer Verpflichtung, Europa weiter zu stärken und weiter zu entwickeln.

Wir unterstützen eine Politik, mit der unser Land zu seinen Verpflichtungen aus der UN-Agenda 2030, zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele und zu den Ergebnissen des UN-Zukunftsgipfels vom September 2024 steht. Im Sinne Willy Brandts soll Deutschland eine aktivere Rolle in den internationalen Beziehungen und in der Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens spielen, für eine auf geltendem Völkerrecht aufbauende, gerechtere Weltordnung.

Wir unterstützen eine Politik, die die Ukraine in ihrer Abwehr gegen die russische Aggression stärkt und zugleich diplomatische Initiativen und Chancen sucht, Frieden zu schaffen, die Waffen zum Schweigen zu bringen und die Grundlagen für eine neue europäische Friedensordnung zu legen. Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden.

Das Existenzrecht Israels steht für uns außer Frage. Gleichzeitig verlangen wir, dass die Rechte der Palästinenser geschützt werden. Die Pläne der Vertreibung der Palästinenser aus dem Gaza-Streifen, wie sie US-Präsident Donald Trump jüngst geäußert hat, weisen wir als inakzeptabel und als Bruch des Völkerrechtes zurück. Eine Zwei-Staaten-Regelung, bei der Israel und Palästina einander anerkennen und ohne gegenseitige Gewalt miteinander leben können, sollten von der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft vorangebracht werden.

Wir werben eindringlich für erneute Versuche, Möglichkeiten für Rüstungskontrolle zu suchen, Europa frei von Mittelstreckenwaffen zu machen und einer weiteren nuklearen wie konventionellen Aufrüstungsspirale entgegenzuwirken, deren überzogene Ausgaben für die äußere Sicherheit zulasten des inneren und sozialen Friedens und den dazu notwendigen Investitionen gehen würden.

Für den Willy-Brandt-Kreis:
Heidemarie Wiczorek-Zeul
Peter Brandt
Rainer Land
Hans Misselwitz
Götz Neuneck